Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JK/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Koalitionsverhandlungen
2. Wahlen in Österreich
3. French were 'hours' from military strikes on Syria before phone call from Obama
4. Warten auf den Vulkanausbruch
5. Rejoice With Caution: Golden Dawn Under Arrest
6. Ulrike Herrmann: Eine teure Illusion
7. Portugal: Regierung für harten Sparkurs auf ganz klare Art abgestraft
8. Spaniens Schulden durchbrechen 2014 die Billionengrenze
9. Infrage gestellte Notenbankpolitik
10. Bankenpleiten – Lehman Others
11. Mitarbeiteraufstand bei Abercrombie & Fitch
12. Auswege aus der Altersarmut
13. Das neue harte Image des Joe Kaeser
14. Schluss mit der Ökonomisierung des Lebens
15. Heute nicht verpassen: Neues aus der Anstalt
16. zu guter Letzt: Erhöhung des Spitzensteuersatzes würde monokel- und zylindertragende Mittelschicht belasten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Koalitionsverhandlungen**
   a. **Jakob Augstein – Die blaue Nacht der Demokratie**
   Die Umfragen sind eindeutig: Rund die Hälfte der Deutschen wünscht sich eine Große Koalition. Den Leuten kann geholfen werden: Sie wollen eine Große Koalition? Sie werden eine bekommen. Und zwar eine ganz große, sogar mit weit mehr als einer Zweidrittelmehrheit. Die Opposition kann nicht einmal mehr einen Untersuchungsausschuss einberufen, weil sie nicht auf das dazu nötige Viertel der Stimmen kommt. So ist die parlamentarische Demokratie zwar nicht gedacht – aber wenn man den Umfragen glaubt, dann ist das den Leuten nicht so wichtig. Hauptsache, es herrschen Ruhe und Stabilität im Land.

Aber auf den Traum von der blauen Nacht der Demokratie wird ein böses Erwachen folgen, und die Deutschen werden ihr blaues Wunder erleben. Kleine Erinnerungshilfe: Im Jahr 2005 wollte die CDU die Mehrwertsteuer um zwei Prozent erhöhen, die SPD lehnte jede Erhöhung ab – in der Großen Koalition einigte man sich dann auf drei Prozent. Das liegt in der Natur der Sache. Große Koalitionen unternehmen den unmöglichen Versuch, alle Klientelinteressen gleichzeitig zu bedienen – und enden damit, die einzige Gruppe zu schröpfen, die keinerlei Lobby hat: die Bürger.
Quelle: SPON

Anmerkung JK: *Wo Augstein Recht hat, hat er Recht. Aber alle Appelle werden an der SPD, oder besser an ihrem Führungspersonal, einfach abperlen. Dass die SPD in einer erneuten großen Koalition Gefahr läuft, endgültig vor die Hunde zu gehen, wenn schert es. Hauptsache es springen ein paar Ministerpöstchen für Steinmeier, Gabriel & Co heraus.*

b. **Die SPD schaufelt sich ihr eigenes Grab**
Weshalb das Finanzministerium der Todesstoß für die SPD sein wird: Der verheerendste strategische Fehler der SPD ist es das Finanzministerium anzustreben. Denn nur mit der Besetzung dieses Postens glauben viele Spitzengenossen hinreichend viel Einfluss in der künftigen Koalition zu haben. Die süßen Früchte der Macht sind verlockend – könnten sich aber in 4 Jahren als vergiftet erweisen.
Die Zahl der unpopulären Entscheidungen in den nächsten Jahren ist groß: Schuldenschnitt für Griechenland, sogenannte „Rettungspakete“ für Portugal und Slowenien. Doch dies ist das best-case Szenario: Falls Italien und Spanien ins Straucheln kommen, wird es richtig teuer. Merkel und „ihre Lautsprecher“ von der CSU könnten sich die Hände reiben mit der SPD einen Sündenbock zu haben auf dem alle unpopulären Belastungen „der armen deutschen Steuerzahler“ abgeladen werden können.
Quelle: Wahlk(r)ampf

c. **Wie Lämmer, die Merkel nachlaufen**
Mutti wird die Kanzlerin oft genannt. Warum? Der Begriff bediene das Sicherheitsbedürfnis der Deutschen, sagt die Psychoanalytikerin Thea Bauriedl im Interview.
Quelle: ZEIT

2. **Wahlen in Österreich**
   a. **Alles gleich und doch ganz anders**

Wahlsieger in Österreich, man kann das mögen oder nicht, sind die Rechtspopulisten. Das ist jene Partei, die aus dem europäischen Rettungsschirm und damit einer gemeinsamen europäischen Krisenbewältigung aussteigen will. Die findet, nur Österreicher sollen Anspruch auf Sozialleistungen und Sozialwohnungen haben, egal wie lange sie schon im Land leben oder ob sie Steuern zahlen. Das ist die Partei, die gegen die "Islamisierung" des Landes wettert und die Zuwanderung von Menschen, die nicht aus der EU stammen, stoppen will. Diese sogenannten Freiheitlichen haben 3,9 Prozentpunkte zugelegt. Und das, obwohl zwei kleine rechte Gruppierungen zusammen auch noch einmal zehn Prozent einsammeln konnten. Da ist das BZÖ, das sich einst, unter Jörg Haider, von der FPÖ abgespalten hatte; die meisten BZÖ-Wähler sind zwar reumütig zur Mutterpartei zurückgekehrt, aber ein harter Kern ist geblieben. Und dann ist da noch Frank Stronach, der Milliardär aus Kanada, mit seiner zusammengekauften Rechtspartei und seinem eurokritischen Kurs. Hätte er nicht fast sechs Prozent geschafft, dann wäre die FPÖ – womöglich – zweitstärkste Partei im Land geworden. Das ist also die Nachricht dieses Wahltages: Das rechte Lager in der Zweiten Republik hat knapp 30 Prozent der Stimmen ergattert.
Quelle: SZ

b. **Trauriger Europarekord**
EU-feindliche Parteien erreichten zusammen über 30 Prozent der Stimmen – und werden künftig im Parlament gegen Eurokraten wettern. Gefährliche Aussichten.Schon seit geraumer Zeit werden die zwei ehemaligen Volksparteien von Wahl zu Wahl immer mehr geschwächt und erscheinen deshalb mit paradoxer Schicksalshaftigkeit auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet. Zwar schafften es die beiden Partner der Regierungskoalition, Sozialdemokraten (SPÖ) und konservative Volkspartei (ÖVP), noch einmal mit gemeinsam 50,6 Prozent der Stimmen knapp die Mehrheitshürde zu überwinden (in Mandaten fällt die absolute Mehrheit etwas deutlicher aus), doch beide sanken auf einen historischen Tiefstand ab und verloren jeweils rund zwei Prozent. Trotzdem werden beide Parteien vermutlich wieder zu einer "Koalition der Verlierer" zusammenfinden, wie die bisherigen Oppositionsparteien jetzt lästern.
Quelle: ZEIT

Anmerkung JK: *Interessant ist hier auch das Abschneiden der sogenannten Neos, einer neuen marktradikalen Bewegung, die mit einem modernen und smarten Image aus dem Stand den Sprung in das österreichische Parlament schaffte. Ein mögliches Nachfolgemodell für die FDP in Deutschland? Und sollte*

sich Deutschland nun auf den Weg in eine permanente große Koalition wie in Österreich begeben, dann sitzt die AfD sicher bei der nächsten Wahl im Bundestag.

c. **Österreichs Neu-Partei Neos – Pink siegt**
Die Überraschung bei der Wahl in Österreich sind die Neos. Die Partei gibt sich liberal. Doch auch auf Konservative und Grüne wirkt die Neugründung anziehend. […]
Im Parteienspektrum sind die Neos programmatisch in der Mitte angesiedelt: rechtsliberal, so ähnlich wie die deutsche FDP, mit etwas mehr Fäden in Richtung eines modernen Christdemokratismus und mit starkem wirtschaftsliberalen Flügel. […]
Grob gesagt sind die Neos wirtschaftspolitisch neoliberal und gesellschaftspolitisch gemäßigt linksliberal. Zentralfigur neben Strolz wird wohl der viele hundert Millionen Euro schwere Bauunternehmer Hans Peter Haselsteiner sein, der alle liberalen Gründungsversuche der vergangenen Jahrzehnte finanzierte, in ökonomischen Fragen aber sehr sozial-liberal tickt.
Quelle: taz

3. **French were 'hours' from military strikes on Syria before phone call from Obama**
French President Francois Hollande called off military strikes against Syria on 31 August following a phone call from the US President only hours before fighter jets were set to take off, a French weekly magazine has revealed.
The report in the Nouvel Observateur shows how close the West came to launching a war on Syria over the Syrian regime's presumed use of chemical weapons in a Damascus suburb, before Washington backed down. President Obama announced in a televised speech on 31 August, after informing a "stunned" Mr Hollande, that he would seek a Congressional vote, effectively lifting the military threat.
Quelle: The Indipendent
4. **Warten auf den Vulkanausbruch**
Schwierige Regierungsbildung in Deutschland, Polit-Chaos in Italien, USA vor der Pleite. Die schlechten Nachrichten alarmieren Ökonomen. Manch einer befürchtet schon das Schlimmste – die Rückkehr der großen Krise.
Führende Ökonomen sehen mit großer Sorge auf die derzeitige politische Selbstblockade mehrerer westlicher Staaten. Konkret geht es um den US-Haushaltsstreit, der die größte Volkswirtschaft der Welt gefährlich Richtung Zahlungsunfähigkeit treiben könnte. Es geht auch um die Verhandlungen um eine neue Regierungskoalition in Berlin, deren Ende noch nicht absehbar ist und um die

politische Krise in Italien. „Das sind alles keine guten Nachrichten“, sagte der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Gustav Horn, Handelsblatt Online. Der Haushaltsstreit in den USA könne im Extremfall dazu führen, dass der zaghafte Aufschwung dort zum Erliegen kommt. „Das wäre für die deutsche Exportindustrie, die gerade in den USA während der vergangenen zwei Jahre große Erfolge feierte, ein harter Schlag.“
Quelle: Handelsblatt

dazu auch: Weißes Haus ordnet Verwaltungsstillstand an
Die Frist in den USA ist abgelaufen: Demokraten und Republikaner konnten sich nicht auf einen Übergangshaushalt einigen. Jetzt werden weite Teile der Regierung von Präsident Barack Obama lahmgelegt. Es ist der erste Stillstand der Bundesverwaltung seit siebzehn Jahren. […]
Die Fronten sind verhärtet, weil die Republikaner ihre Zustimmung zu einem Übergangsbudget von Änderungen an Obamas Lieblings-Projekt, der Gesundheitsreform, abhängig machen. Der Präsident und seine Demokraten wehrten sich dagegen. Wichtige Teile des Affordable Care Act (“Gesetz für eine bezahlbare Krankenversicherung”), der als größtes innenpolitisches Projekt von Obama gilt, treten nun am Dienstag in Kraft. Kernstück der auch Obamacare genannten Reform ist die Pflicht aller Bürger, eine Krankenversicherung abzuschließen. Konservative Kritiker sehen darin eine Beschneidung von individuellen Freiheitsrechten, außerdem prangern sie das vor drei Jahren verabschiedete Gesetz als Belastung für die Wirtschaft an.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung RS: *Jetzt kommt es, wie es kommen musste. Die Republikaner haben gezeigt, dass sie dazu bereit sind, die Karre gegen die Wand fahren zu lassen, wenn sie Obamacare nicht torpedieren können. Es freut mich, dass Obama sich bisher nicht hat erpressen lassen.*
Wir werden aber noch sehen, ob er bei der nächsten Stufe, der Erreichung der Schuldenobergrenze, noch standhaft bleibt. Die Fähigkeit dazu hat er bisher nicht erwiesen.

5. **Rejoice With Caution: Golden Dawn Under Arrest**
All this weekend Greeks were glued to images of Nikolaos Mihaloliakos, the little führer of Golden Dawn, being led in handcuffs from the Athens police headquarters with four of his deputies, each one flanked by members of the anti-terrorist squad, armed and with faces covered. Greek TV channels played the perp walk over and over again. Stills of Mihaloliakos, face set hard, clutching a battered leather bag in front of

him like a shield, and of the party spokesman, Ilias Kasidiaris, mouth gaping wide to roar, are all over the Internet, raw or Photoshopped or embellished with jokey captions. Like children gripped by pictures of monsters in a book, we stare at them and scrawl on them, crayons held tight in our fists, wanting and not wanting to turn over the page.
Quelle: The Nation

6. **Ulrike Herrmann: Eine teure Illusion**
Viele Bundesbürger sind überzeugt, dass sie die Eurozone eigentlich gar nicht benötigen, weil sie doch die ganze Welt als Absatzgebiet haben. Vor allem die Schwellenländer gelten als unersättlich, wenn es um deutsche Maschinen und deutsches Know-how geht. Doch nun fallen diese Schwellenländer als Kunden weitgehend aus, weil sich bei ihnen eine neue Finanzkrise anbahnt: Hektische Anleger aus dem Westen ziehen ihr Vermögen aus Brasilien oder Indien ab, da sie fürchten, dass dort eine Blase platzt. Da bleibt natürlich kein Geld übrig, um deutsche Exportwaren zu kaufen. Plötzlich offenbart sich einmal mehr, wie ungesund der deutsche Exportwahn ist: Bei jeder Finanzkrise sind die Deutschen mittenmang dabei. Die harmlose Variante ist noch, dass nur der Absatz einbricht, weil den ausländischen Käufern das Geld ausgeht. Meist kommt es jedoch schlimmer: Oft sind auch die Kredite futsch, die die Deutschen ihren auswärtigen Geschäftspartnern gewährt haben, damit sie die deutschen Waren überhaupt kaufen konnten. Allein zwischen 2006 und 2012 haben deutsche Anleger 600 Milliarden Euro im Ausland verloren, wie das DIW kürzlich ausgerechnet hat. Der deutsche Exportwahn ist also teuer. Trotzdem sind die meisten Bundesbürger weiterhin stolz darauf, dass die Ausfuhren 50 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen. Mal sehen, wie viele Finanzkrisen die Deutschen noch miterleben müssen, bis sie verstehen, dass zu viel Export schädlich ist und dass es schlauer wäre, selbst mehr zu konsumieren.
Quelle 1: taz
Quelle 2: BDI [PDF – 4.4 MB]

7. **Portugal: Regierung für harten Sparkurs auf ganz klare Art abgestraft**
Bei den Kommunalwahlen vom Sonntag erlitt die Sozialdemokratische Partei (PSD) von Ministerpräsident Pedro Passos Coelho große Verluste. Nach den amtlichen Endergebnissen muss sie die Macht in unzähligen Gemeinden sowie in drei der vier größten Städte des Landes abgeben. Die Sozialistische Partei (PS) von Oppositionsführer António Seguro gewann nach Angaben der Wahlbehörde DGAI in 140 der insgesamt 308 Gemeinden. Die liberal orientierte PSD konnte sich nur in 104 Gemeinden durchsetzen, wobei sie in 20 Fällen auf Koalitionspartner angewiesen war. Passos räumte um Mitternacht “eine der schlimmsten Niederlagen” in der Geschichte seiner Partei ein. Er wolle aber den Weg der Sanierung fortsetzen. Das sei

unerlässlich, damit Portugal die Krise überwinden, zum Wachstum zurückkehren und "mehr soziale Gerechtigkeit und Wohlstand erlangen" könne, betonte der 49-Jährige.
Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *Es ist schon bemerkenswert, wie Pedro Passos Coelho Sparkurs, Wachstum und soziale Gerechtigkeit und Wohlstand als den Kausalzusammenhang verkündet. Ob er wirklich daran glaubt? Eigentlich wäre es an der Zeit sich vor die Troika zu stellen und zu sagen: Wir haben alles getan, was ihr gefordert habt. Und dennoch sind wir weit davon entfernt, das Defizitziel von 5,5 Prozent für dieses Jahr zu erreichen. Wir sind im dritten Rezessionsjahr. Wir steuern auf den Zusammenbruch unseres Sozialgefüges zu. Eure Rezepte sind falsch! – Die Statistikbehörde INE teilte mit, dass das Defizit des ersten Halbjahres 7,1 Prozent der Wirtschaftsleistung betrage.*
Die Staatsverschuldung beträgt 120 Prozent des BIP. Ein Wert, den das Land aus eigener Kraft nicht bewältigen kann. Die Arbeitslosenquote beträgt 17 Prozent. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 40 Prozent ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Jugend auf die Barrikaden geht. Auch die jungen Portugiesen, die einen Job haben, müssen für immer weniger Geld immer mehr arbeiten. Der Wirtschaftshistoriker José Maria Castro Caldasstellt denn auch fest: "Sie müssen sich den Forderungen der Arbeitgeberseite bedingungslos unterwerfen. Forderungen, die in einem Arbeitsverhältnis eigentlich unvorstellbar und unakzeptabel sind: Überlange Arbeitszeiten und vertragsfremde Tätigkeiten, wie sie eigentlich nur während der Diktatur vor 1974 möglich waren. Das alles erinnert an Zeiten, von denen wir hofften, dass sie längst vorbei wären."

8. **Spaniens Schulden durchbrechen 2014 die Billionengrenze**
Spaniens Regierung fährt einen scharfen Sparkurs, dennoch braucht das Land immer mehr Kredite. Im Jahr 2014 wird die Staatsverschuldung laut Haushaltsentwurf auf mehr als eine Billion Euro steigen. Die internationalen Geldgeber sehen den kriselnden Euro-Staat dennoch auf dem richtigen Weg.
Es ist gerade einmal etwas mehr als fünf Jahre her, da galt Spanien noch als Musterknabe in Sachen Staatsfinanzen. Im ersten Quartal 2008 hatte sich das Land gerade einmal mit 35,5 Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung verschuldet. In absoluten Zahlen waren es am Ende des Jahres 437 Milliarden Euro.
Doch 2008 platzte auch die Immobilienblase in Spanien, zudem erschütterte der Schock nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers die Weltwirtschaft auf Jahre. Spanien rutschte in eine lang andauernde Rezession, der Schuldenberg wächst seitdem rapide. Bis zum Ende des kommenden Jahres plant die Regierung von

Ministerpräsident Mariano Rajoy nun mit mehr als einer Billion Euro an Verbindlichkeiten. Das geht aus dem Haushaltsentwurf vor, den Finanzminister Cristóbal Montoro am Montag im Madrider Parlament vorgelegt hat.
Damit würde die Staatsverschuldung nahezu die jährliche Wirtschaftsleistung erreichen. Konkret soll sie bis Ende 2014 auf 99,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen, das entspricht einer Summe von 1,05 Billionen Euro. Pro Kopf hätte der Staat dann 22.000 Euro an Schulden aufgehäuft – obwohl die konservative Regierung einen harten Sparkurs fährt.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Wahrscheinlich schon mehr als hundert Artikel dieser Art, und der SPIEGEL ist offenbar völlig begriffsstutzig: "Spaniens Regierung fährt einen scharfen Sparkurs, dennoch braucht das Land immer mehr Kredite." Nicht doch eher, weil Spaniens Regierung einen scharfen Sparkurs fährt? Und wie kann die Troika ernsthaft behaupten, Spanien wäre mit einer Staatsverschuldung von 100% des BIP und einer fortdauernden Rezession "auf einem guten Weg"? Und warum fordern sie trotzdem dauernd weitere Rentenkürzungen und Deregulierungen?*

9. **Infrage gestellte Notenbankpolitik**
Die Krisenpolitik der Notenbanken verhinderte zwar einen wirtschaftlichen Kollaps, führt aber zu vermehrt als problematisch angesehenen Folgen. So stellt der Londoner Marktbeobachter Stephen Lewis von Monument Securities die Frage, ob die Notenbanken noch Lösungen produzierten oder ob sie selbst Teil des Problems geworden seien. Die heftigen Marktreaktionen auf die Ankündigung der US-Notenbank im Mai, die Anleihenkäufe zu reduzieren, zeigten in Lewis' Sicht, dass nicht nur Taten von Notenbanken, sondern auch ihre Worte unerwünschte, kontraproduktive Konsequenzen haben können. Auf negative Verteilungseffekte hat der frühere Chefökonom von Morgan Stanley, Stephen Roach, aufmerksam gemacht. Die US-Notenbank baue bei der Politik der quantitativen Lockerung auf Wohlstandseffekte durch steigende Preise an den Finanz- und Immobilienmärkten. Dieser Ansatz sei aber kritisch zu sehen, da vor allem die Schichten der Gesellschaft mit den höchsten Vermögen von den nicht unerheblichen Wertsteigerungen seit dem Höhepunkt der Finanzkrise profitierten, die Stimulierung für das Wirtschaftswachstum aber gering sei. Auch Albert Edwards, Marktstratege der Société Générale, ist der Ansicht, dass die expansive Geldpolitik zu einer Verschärfung der ungleichen Vermögensverteilung führt. Für die weniger wohlhabenden Schichten riefen die steigenden Immobilienpreise nur eine Illusion von Wohlstand hervor. Die Frage, wie die Notenbanken sich von ihrer sehr expansiven Geldpolitik wieder lösen können, ohne

dass es zu grösseren wirtschaftlichen Verzerrungen kommt, taucht in Marktkommentaren immer wieder auf. Richard Koo von Nomura befürchtet, dass die Notenbanken in einer selbst gestellten geldpolitischen Falle gefangen seien, aus der sie sich nur schwer würden befreien können. Der blosse Hinweis auf eine Reduktion der Anleihenkäufe hatte zu kräftigen Zinssteigerungen und Befürchtungen geführt, die konjunkturelle Erholung könne geschwächt werden, was wiederum die Notenbank veranlasste, den Beginn des «Tapering» zu verschieben. Nun bestehe die Gefahr, dass auch in Zukunft jeder Versuch der monetären Normalisierung die langfristigen Zinsen in die Höhe treibt und somit die Konjunkturentwicklung beeinträchtigt. Koo hält es für möglich, dass die Notenbanken der USA, der Euro-Zone, Grossbritanniens und Japans lange Zeit dieser selbst gestellten Falle nicht entkommen können.
Quelle: NZZ

10. **Bankenpleiten – Lehman Others**
Die IKB war jahrelang eine der margenstärksten deutschen Banken. Warum, wusste niemand. Und es fragte auch keiner. Als 2007 in den USA die Hauspreise zurückgingen, wurde die Ursache langsam klar: Wie kaum eine andere Bank auf der Welt hatte sich die IKB mit den jahrelang florierenden US-Subprimepapieren eingedeckt. Die Pleite der vermeintlichen Mittelstandsbank kostete den deutschen Steuerzahler mehr als zehn Milliarden Euro. Heute gehört das Institut dem US-Investor Lone Star. Richtig glücklich wird auch der nicht damit.
Hypo Real Estate
Vermutlich ist die HRE-Pleite so etwas wie das deutsche Lehman – mit dem feinen Unterschied, dass bei der Hypo Real Estate nur die Aktionäre bluteten, die Anleihegläubiger aber vom Steuerzahler rausgehauen wurden. Was sonst passiert wäre? Niemand weiß es. Nach diversen Stützungsmaßnahmen wurden die giftigsten Papiere in den Büchern der HRE 2010 in eine Bad Bank namens FMS Wertmanagement ausgelagert. Die hat inzwischen auch schon wieder einen zweistelligen Milliardenbetrag verbrannt. Und das ist noch nicht das Ende.
Quelle: Manager Magazin

Anmerkung JK: *Dazu sollte man nicht vergessen, dass etwa die HRE durch Bürgschaften von 102 Milliarden Euro am Leben erhalten wurde, vorwiegend aus Steuergeldern. Die NachDenkSeiten weisen praktisch in Permanenz auf die Problematik der Vergesellschaftung der Bankenschulden hin (z.B. hier). Es schadet nichts sich diese Tatsachen ins Gedächtnis zu rufen wenn wieder über angebliche zu hohe Staatsschulden lamentiert wird.*

11. **Mitarbeiteraufstand bei Abercrombie & Fitch**

Abercrombie & Fitch hat die Arbeitszeiten geändert. Schichtbeginn soll nun morgens um 4 Uhr sein. Dagegen wehren sich 26 Hamburger Mitarbeiter. Abercrombie & Fitch will die Arbeitszeiten ändern. Die Mitarbeiter, die 9,50 Euro pro Stunde verdienen, sollen künftig ab 4 Uhr morgens T-Shirts, Hemden und Jeans in die Regale sortieren. Die bisherigen Verträge sahen vor, dass die Geschäfte nach Ladenschluss aufgeräumt wurden – also zwischen 22 Uhr und spätestens 2 Uhr nachts. Warum die Schicht der Angestellten nun morgens um 4 Uhr beginnen soll, dazu nimmt der Konzern bisher nicht Stellung. Rechtsanwalt Heiko Hecht, der die Hamburger Mitarbeiter vertritt, äußert gegenüber abendblatt.de eine Vermutung: "Dahinter könnte eine arbeitsrechtliche Sanierung stecken." Das heißt: Der Konzern geht davon aus, dass zahlreiche Mitarbeiter den geänderten Bedingungen nicht zustimmen und kündigen. "Dann kann der Arbeitgeber neues Personal einstellen – zu günstigeren Konditionen." Die Nachtzuschläge, die der Konzern bisher zahlen müsse, umgehe Abercrombie & Fitch durch die neuen Arbeitszeiten ohnehin, so Arbeitsrechtler Hecht. Es ist nicht das erste Mal, dass der einst angestaubte Fachhandel für Angelbedarf und Schrotflinten, den der als exzentrisch geltende Chef Mike Jeffries, 68, binnen kurzer Zeit in eines der angesagtesten Mode-Labels der Welt mit 1000 Filialen weltweit transformiert hat, negative Schlagzeilen macht: Erst vor kurzem war ein Interview öffentlich geworden, in dem der Konzernboss sagte, dass er "natürlich nur Kleidung für die coolen Kids mache, die tolle Einladungen und viele Freunde haben".
Quelle: Hamburger Abendblatt

Anmerkung Orlando Pascheit: *Über das Wahlkampfgetöse gehen solche Meldungen natürlich unter. Das kann natürlich den Regierende nur recht sein, dabei sind es gerade solche Meldungen, die klar machen, wohin sich unsere Republik entwickelt: kurzfristiger Profit um jeden Preis. Da mag Schwarz/Gelb aufgrund recht fragwürdiger Umfragen noch soviel darauf hinweisen, dass die Mehrheit der Deutschen zufrieden sei. Die Nettolohnquote ist seit 1960 von 56 Prozent, 1991 auf 48 und heute auf 39,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts abgesunken, während parallel die Nettogewinnquote von 24,4 auf 34 Prozent stieg. Und was Umfragen betrifft, vor einem Jahr hat eine von der Bertelsmann Stiftung initiierte und wohl etwas seriöser gestaltete Umfrage ergeben: Zwei von drei Befragten misstrauen bei der Lösung der Probleme den "Selbstheilungskräften der Märkte". Der Kapitalismus sorge weder für einen "sozialen Ausgleich in der Gesellschaft" noch für den "Schutz der Umwelt" oder einen "sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen". Was bei Abercrombie & Fitch u.a. im Geist der Agendapolitik abläuft wird von wirtschaftsliberalen Konservativen als ordnungspolitischer Erfolg gerühmt, ist aber nichts anderes als Sieg der 'Raffkes", neutraler des Kapitals, über die Arbeitnehmerschaft. Allein an Abercrombie & Fitch*

lässt sich gut aufzeigen, was unter freier Marktwirtschaft in Wirklichkeit propagiert wird: Nämlich die Freiheit der Unternehmen mit Arbeitnehmern umzuspringen, wie sie möchten. Das beginnt bei den fragwürdigen Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter in den Shops und geht bis zu den Näherinnen in Asien. Bei Abercrombie & Fitch und der Zweitmarke Hollister wären vonseiten der Gewerkschaft noch viele Arbeitsrechtsstandards durchzusetzen. Willkürliche Diebstahlkontrolle und dauernde Überwachung der Mitarbeiter im Laden und den Lagern durch Kameras, Lärm, Arbeitszeiten, Befristung von Verträgen, Kleiderordnung, wären die Themen – wenn es denn überhaupt Betriebsräte gäbe. Bislang nur in Frankfurt und dessen Gründung wurde massiv bekämpft. Luthfa Rahman von der Gewerkschaft Verdi erzählt, dass Mitarbeitern gedroht worden, sie würden gekündigt, wenn sie an der Wahl teilnähmen. 200 Leute arbeiten in der Zweigstelle, zu 80 Prozent sind es Aushilfen, meist Studenten. – Nur so am Rande: Die Kleidungsvorschriften sehen vor, dass sich die Mitarbeiter mit jeder Kollektion – also alle drei Monate – neu einkleiden. Zwar mit 50 Prozent Rabatt, aber immer noch auf eigene Kosten – und das bei mehrheitlich 400 Euro im Monat.

12. **Auswege aus der Altersarmut**
War lange Zeit die Beitragshöhe DAS Thema der Rentendebatte, lautet heute die drängendste Frage: Wird meine Rente zum Leben reichen? Befürchtungen werden laut, das absehbar sinkende Leistungsniveau könnte künftig zu einem deutlichen Anstieg der Altersarmut führen. Zwei Entwicklungen verstärken diese Besorgnis: zum einen die jüngsten Rentenreformen und zum anderen die Dynamik am Arbeitsmarkt. So zeichnet sich im Rentensystem eine verstärkte Erwerbszentrierung ab. Als Leistung, die einen Rentenanspruch begründet, zählt immer stärker die individuell erbrachte Arbeit. Phasen, in denen keine Beiträge gezahlt werden, etwa während Ausbildung oder Arbeitslosigkeit, wurden dagegen abgewertet. Der Erwerb von Ansprüchen wird damit auf die immer kürzer werdende Phase des Erwerbslebens reduziert. Auf dem Arbeitsmarkt wiederum haben sich sowohl atypische Beschäftigung als auch der Niedriglohnsektor ausgeweitet. Zuletzt wurde vor allem mit den Hartz-Reformen das Ziel verfolgt, eine stärkere Aktivierung von Arbeitssuchenden umzusetzen, indem einzelne atypische Beschäftigungsformen weiter dereguliert wurden. Entsprechend ist der Gesamtumfang von Leiharbeit, Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung und befristeter Beschäftigung gestiegen. Die Arbeitsmarktentwicklung spiegelt sich dementsprechend in zunehmend flexiblen Erwerbsverläufen wider. Daher erscheint es paradox, dass sich die gesamte Logik des Alterssicherungssystems nach wie vor an der Vorstellung eines Arbeitnehmers mit ungebrochener und in Vollzeit ausgeübter Erwerbstätigkeit von der Ausbildung bis zum Altersrenteneintritt

orientiert.
Quelle: Mitbestimmung

13. **Das neue harte Image des Joe Kaeser**
Joe Kaeser wollte Siemens Ruhe bringen, wollte Mensch und Marge gleichberechtigt nebeneinander stellen, der Belegschaft die Angst nehmen, Vertrauen schaffen. Die seit gestern bestätigte Zahl von 15.000 Stellenstreichungen bei Siemens Chart zeigen scheint nicht dazu angetan. Sie liegt weit über den von der IG Metall aus monatelangen Verhandlungsrunden in der Ebene geschätzten 10.000. Und sie wurde so unglücklich kommuniziert, dass Kaeser die Aura des Versöhners gleich wieder los ist.
Ungewöhnlich scharf hat der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Lothar Adler die Nachricht am Sonntag kommentiert: “Den Arbeitnehmervertretern wurde nie eine Gesamtzahl über den Abbau bekanntgegeben, daher sind wir überrascht und maßlos verärgert”. Heute hieß es von seiner Seite etwas weniger hart, der Betriebsrat lehne ein rein margengetriebenes Abbauprogramm weiter ab: “Die Auseinandersetzungen zu diesem Thema sind noch nicht beendet.”
Quelle: Manager Magazin

Anmerkung JK: *Wieder ein kleines Lehrstück in Sachen globaler Kapitalismus. Man fragt sich nur wer auf die Idee gekommen ist der neue Siemens Boss Joe Kaeser würde wirklich dem von der Mainstrempresse aufgebauten Bild des „Versöhners“ entsprechen? Auch für Herren Kaeser gelten die Spielregeln des globalen Turbokapitalismus, indem der Mensch nun einmal nicht im Mittelpunkt steht. Deren Umsetzung Herren Kaeser aber vermutlich weniger schlaflose Nächte bereiten werden als den unmittelbaren Opfern. Dabei Siemens ist kein notleidender Konzern, die Gewinne fließen immer noch reichlich. Das einzige Problem: Die Rendite ist niedriger als von Börsenzockern und Aktienjongleuren erwartet.*

dazu passt: VW stimmt Mitarbeiter auf Sparkurs ein
Europas größter Automobilkonzern Volkswagen spürt die Absatzkrise und wirbt bei seinen Mitarbeitern für einen Sparkurs. “Wir brauchen eine solide Ertragskraft mit einer wettbewerbsfähigen Kostenposition”, sagte VW-Markenvorstand Arno Antlitz vor 18.000 Beschäftigten im Stammwerk in Wolfsburg. Auf allen Ebenen, in allen Regionen und in allen Werken werde man daher den Gürtel in den nächsten Monaten noch enger schnallen müssen. Darunter solle das Kerngeschäft aber nicht leiden. Zugleich werde weiter an den internen Abläufen und Strukturen gearbeitet, kündigte Antlitz an.
Volkswagen hatte sich schon vor längerem zum Ziel gesetzt, die Kosten jedes Jahr

durch Effizienzsteigerungen zu senken, um profitabler zu werden. Der intern als "Volkswagen Weg" bezeichnete Kurs setzt allerdings voraus, dass auch der Absatz stetig klettert, um Personalabbau zu vermeiden.
Eine solche Steigerungen der Verkaufszahlen wird angesichts der Dauerkrise in Europa jedoch immer schwieriger. Konzernchef Martin Winterkorn hatte deshalb bereits angekündigt, die Sparmaßnahmen zu verschärfen.
Quelle: n-tv

Anmerkung JK: *Hier sollte man nicht vergessen, dass die Familien Piëch und Porsche dieses Jahr 300 Millionen Euro Dividenden kassiert haben. Damit das auch weiter so bleibt muss der gemeine Mitarbeiter schon einmal den „den Gürtel noch enger schnallen".*

14. **Schluss mit der Ökonomisierung des Lebens**
Abrackern fürs Unternehmen, alles geben für den Job: Der Mediziner Ulrich Renz hat sich dagegen entschieden und stattdessen ein Buch darüber geschrieben, wie die Arbeit unser Leben bestimmt. Im Gespräch erklärt er, warum Firmen-Slogans verlogen und Kollegen keine Familie sind – und wie sich die Tyrannei der Arbeit beenden lässt.
Quelle: Süddeutsche Zeitung
15. **Heute nicht verpassen: Neues aus der Anstalt**
Nach knapp sieben Jahren und 62 Ausgaben "Neues aus der Anstalt" verlassen Urban Priol und Erwin Pelzig das "Flaggschiff des deutschen Kabaretts".
Dienstag 01.10.2013, 22:25 – 23:25 Uhr
Gäste sind: Georg Schramm, Jochen Malmsheimer, Volker Pispers, sowie Max Uthoff
16. **zu guter Letzt: Erhöhung des Spitzensteuersatzes würde monokel- und zylindertragende Mittelschicht belasten**
Die Magazine "Spiegel" und "Focus" warnen heute in seltener Einmütigkeit vor möglichen Steuererhöhungen, sollte es zu einer großen Koalition kommen. Zu Recht: Denn eine – wie von der SPD geforderte – Anhebung des Spitzensteuersatzes würde vor allem die ohnehin schon stark belastete monokel- und zylindertragende Mittelschicht mit einem jährlichen Bruttolohn von 250.730 Euro und mehr belasten. "Huch! Ich bin zutiefst empört über die unseligen Pläne der SPD", klagt der monokel- und zylindertragende Kanalarbeiter Fred Müller (jährl. Bruttolohn: 350.000 Euro). Er schnüffelt an einem Fläschchen Riechsalz, um ob der sich ankündigenden Steuererhöhungen nicht in Ohnmacht zu fallen. […] Auch Friseurin Mandy Kowalski aus Jena (jährl. Bruttolohn 480.000 Euro) kann nicht fassen, was sie von ihrem Butler aus "Spiegel" und "Focus" vorgelesen bekommt. "Mon Dieu! Mein spärliches Gehalt reicht doch jetzt schon kaum zum Leben.

Quelle: Der Postillon